

Auswertung der Befragung zur Gewerbesteuer

27.05.2009

Ausgehend von der Forderung des politischen Grundsatzprogramms des BVMW

- Gerechtes Steuersystem
- Entlastung und Vereinfachungen
- Langfristiger Ersatz der Gewerbesteuer durch einen kommunalen Zuschlag zur Einkommens- bzw. Körperschaftssteuer

haben wir uns des Themas angenommen.

Weiter war uns wichtig zu ermitteln, wie die Kommunikation zwischen Steuerzahler = Unternehmer und Gemeinde funktioniert, weil das „sich mit dem Standort identifizieren können“ ein wesentlicher Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinde ist.

Schließlich ist es ja gerade Anliegen der Gewerbesteuer, die Leistungskraft der Unternehmen wieder dazu einzusetzen, um den Standort zu fördern.

In die Befragung sind aus dem Wirtschaftsraum Oberlausitz die Kreise Bautzen und Görlitz einbezogen worden:

- 475 Unternehmen und 84 Gemeinden
- 14% der Unternehmen und 25% der Gemeinden haben sich beteiligt, was einen repräsentativen Durchschnitt anzeigt.

Der Sachsendurchschnitt des Hebesatzes liegt bei 382,5 %

- 66% der beteiligten Gemeinden liegen darunter
- 71% haben seit über 5 Jahren den Hebesatz nicht erhöht
- 56% der Gemeinden sehen sich hinsichtlich der Bestimmung des Hebesatzes indirekt eingeschränkt
- 62% wollen am Steuersystem nichts ändern

Das sehen Unternehmer erwartungsgemäß völlig anders:

- auch wenn 43 % die Steuer als sinnvoll erachten, wollen die nur 28% ganz abschaffen; in Bautzen sind es nur 24%. **Unternehmer wollen demnach einen Beitrag zur Entwicklung ihrer Gemeinde leisten!**
- 72% sehen die aber als bürokratisch aufwendige Form an und würden sie, wie vom BVMW gefordert, alternativ mit einem Kommunalzuschlag umgestalten.
- 93% meinen, das die Festlegung der Hebesätze nicht unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Unternehmen erfolgt, wobei hier territoriale Unterschiede deutlich werden, in Bautzen haben diesen Eindruck nur 79% der Unternehmen.

Wie ist nun der **Dialog zwischen Gemeinden und Unternehmen** am Beispiel der Gewerbesteuer entwickelt. Beide Seiten haben ihre Defizite:

- nur 74% der Unternehmer kennen den Hebesatz ihrer Gemeinde und
- nur 59% sind mit dem Prozedere überhaupt vertraut andererseits
- finden sich 87% (in Bz 84%) hinsichtlich des Einsatzes der Steuer nicht ausreichend informiert und verdeutlichen, das sie als KMU ungenügend geachtet werden;

Der BVMW. Die Stimme des Mittelstands.

Von Seiten der Gemeinden gibt es bei keiner Gemeinde einen Impuls den Dialog mit ihren Steuerzahlern zu verbessern.
(Wir reden hier nicht über kleine Beiträge, wie das Landesamt für Statistik in Kamenz verdeutlicht)

52% haben nicht einmal den Hebesatz auf ihrer Homepage veröffentlicht.

Auf die Frage „Wie wird dem Bürger vermittelt, dass die Ausgaben der Gemeinde wesentlich von der Gewerbesteuer getragen werden“, gibt es wenn überhaupt nur den Hinweis auf Haushaltsbeschlüsse. Es gibt kein Interesse die Zusammenhänge zu erläutern (zu kompliziert!?) und auch nicht die Idee, dass eine Gemeinde nicht nur verwalten, sondern immer mehr auch gemeinsam mit den Leistungsträgern gestalten muss; den Gemeinden insbesondere den Städten kommt dabei eine moderierende Rolle zu, die sie aber offensichtlich nicht erfüllen wollen. Immerhin können sich 76% der Bürgermeister vorstellen regelmäßige, gemeinsam mit dem BVMW organisierte Unternehmertreffen durchzuführen.

In der Befragung der Unternehmer waren diese auch nach Schwerpunkten gefragt, die der BVMW als Interessenvertreter des Mittelstandes auf die Tagesordnung setzen soll:

An absolut vorderster Stelle steht bei 48% der Unternehmer eine Steuerreform, Steuersenkung und Subventionsabbau! Mit 11% folgt dann erst das Thema Bürokratieabbau.

Als Fazit halten wir fest:

1. Wie auch an anderen Beispielen deutlich, findet der **Dialog unzureichend** statt. Die Gemeinden haben ihre Rolle offensichtlich nicht erkannt, welche mobilisierende Kraft davon ausgehen könnte. Als BVMW-Oberlausitz werden wir schon mit der früheren Initiative „Mittelsandsfreundliche Gemeinde der Oberlausitz“ dran bleiben. Das selbst größere Städte, wie Bischofswerda, Kamenz, Löbau, Zittau, Görlitz, Weißwasser, Bad Muskau überhaupt nicht auf die Befragung reagieren verschärft die o.g. Einschätzung.
2. Wir sind als BVMW gefordert Druck zu machen, dass sich der Staat einer Steuerreform, gerade wegen der Wirtschaftskrise nicht verschließt. Tendenzielle Darstellungen vor allem der Umverteilungspolitiker muss entschieden entgegen getreten werden. Wir erwarten von den Politikern aller Ebenen innovatives herangehen, um die Leistungsträger zu stärken, damit Wachstum wieder möglich wird.

Informationen anlässlich der Pressekonferenz / Beratung am 03.06.2009

W. Rosenberg

BVMW-Regionalgeschäftsführer Oberlausitz